

Ottendorfer Zeitung

Local-Anzeiger für Ottendorf-Okrilla und Umgegend.

Bezugs-Preis:
Vierteljährlich beim Abholen von der
Geschäftsstelle 1.00 Mk., frei ins Haus
1.20 Mk.
Einzelnr Nummer 10 Pfg.
Erscheint Dienstags, Donnerstags und
Sonntags Nachmittags.

Unterhaltungs- und Anzeigebblatt

Anzeigen-Preis:
Die einseitige Zeile oder deren Raum
20 Pfg., Lokalpreis 15 Pfg.
Reklamen auf der ersten Seite 40 Pfg.
Anzeigen-Aufnahme
bis spätestens Mittags 12 Uhr des
Erscheinungstages.

Druck und Verlag von Hermann Rühle, Ottendorf-Okrilla.

Verantwortlicher Schriftleiter Hermann Rühle, Groß-Okrilla.

Nummer 145

Freitag, den 15. Dezember 1918.

17. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Milchpreisermäßigung f. Minderbemittelte.

Vom 1. Oktober 1918 ab wird folgenden Bevölkerungskreisen auf Antrag ein Zuschuß zur Verbilligung des Milchpreises gewährt:

- Personen mit einem Jahreseinkommen von nicht mehr als 1900 Mark, die für mehr als zwei vollmiltchberechtigende Kinder zu sorgen haben, für alle vollmiltchberechtigenden Kinder.
- Kinder im 1. und 2. Lebensjahre, soweit sie nicht gestillt werden oder deren stillende Mütter, soweit ihr Einkommen oder das ihrer Haushaltungsvorstände 3100 Mark nicht übersteigt.
- Schwangere Frauen vom 4. Monat vor der Entbindung an, soweit ihr Einkommen oder das ihrer Haushaltungsvorstände 3100 Mark nicht übersteigt.
- Kranke, vorausgesetzt, daß sie nicht Mitglied einer Krankenkasse sind und die Kosten für die Milch gemäß § 182 Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung zu tragen hat, soweit ihr Einkommen oder das ihrer Haushaltungsvorstände 3100 M. nicht übersteigt.

Die genannten Personen erhalten die Verbilligung auch nur soweit als umfanglicher Haushalt, Krankheit oder andere besondere Gründe die Annahme der Bedürftigkeit rechtfertigen.

Der Zuschuß wird gewährt in Form von Gutscheinen, die neben den Milchkarten durch die Gemeindebehörde ausgegeben werden.

Die Milchverbilligung beträgt 12 Pfg. auf das Liter.
Anträge auf Zuweisung von Gutscheinen sind im Gemeindeamt (Meldeamt) zu stellen.
Ottendorf-Moritzdorf, am 10. Dezember 1918.

Der Gemeindevorstand.

Fleischmarken-Abgabe für die Volksküche.

Nach der Bekanntmachung der Amtshauptmannschaft Dresden-N. vom 22. November 1918 müssen die Volkskuchenteilnehmer für jede Woche 3 gelbe Reichsfleischmarken abgeben. Graue Reichsfleischmarken dürfen nicht angenommen werden. Inhaber von grauen Reichsfleischmarken, die an der Volksküche teilnehmen wollen, haben bei ihrer Gemeindebehörde die grauen in gelbe Reichsfleischmarken umzutauschen.

Ottendorf-Moritzdorf, am 12. Dezember 1918.

Der Gemeindevorstand.

Kriegsfamilien-Unterstützung.

Die Auszahlung der Kriegsfamilienunterstützung erfolgt für die Nummern 1 bis 200
Montag, den 16. Dezember 1918, vorm. 8 bis 12 Uhr,
für die Nummern 201 bis 393

Dienstag, den 17. Dezember 1918, vorm. 8 bis 12 Uhr.

Zur Vermeldung von Ueberzahlungen sind Beurteilungen und Entlassungen sofort bei der Gemeindebehörde zu melden.

Ottendorf-Moritzdorf, am 11. Dezember 1918.

Der Gemeindevorstand.

Landwirtschaftliches Dienstpersonal.

Diesemigen Landwirte im Orte und in der Umgebung, welche Bedarf an landwirtschaftlichem Dienstpersonal haben, werden gebeten, dies umgehend im Gemeindeamt anzuzeigen. Wir sind in der Lage, arbeitslose Mädchen für freie Stellen nachzuweisen.

Ottendorf-Moritzdorf, am 12. Dezember 1918.

Der Gemeindevorstand.

Mieteinigungsamt Klopische.

In ihm gehören außer Klopische die Gemeinden Käbnitz-Gellerau, Wilschdorf, Lausa, Ottendorf-Moritzdorf, Langebrück, Cunnersdorf bei Weitzingen, Grünberg, Hermsdorf, Kleinokrilla, Großokrilla.

Das Mieteinigungsamt Klopische hat seine Geschäftsstelle im Rathaus zu Klopische. Sein Vorsitzender ist dort Zimmer Nr. 2.

Dienstags und Donnerstags Vormittags 10-12 Uhr

zu sprechen. Anträge sind entweder schriftlich zu übersenden oder zu Protokoll des Gemeindebeamten Krügger im Rathaus Klopische Zimmer Nr. 4 anzubringen und Beweiskunden beizufügen.

Das Mieteinigungsamt hat vermittelnd zwischen Vermietern und Mietern sowie Grundstücks-eigern und Hypothekengläubigern zu wirken. Es ist aber auch befugt, zu entscheiden, wenn unberechtigt gekündigt oder ungerechtfertigt der Mietzins gesteigert worden ist. Der Antrag auf Entscheidung ist unverzüglich nach Empfang der Kündigung oder Mietzinssteigerung bei dem Mieteinigungsamt zu stellen.

Klopische, den 11. Dezember 1918.

Das Mieteinigungsamt.

Schmidt, Vorsitzender.

Neuestes vom Tage.

Der „Vorwärts“ hatte berichtet, daß der Verband ein neues Ultimatum an Deutschland vorzubereiten scheine, um die sofortige Wiederherstellung gesetzmäßiger Ruhe und Ordnung zu erlangen. Dieser Schein, schreibt das Blatt, wird jetzt deutlicher und fast zur Gewißheit. Wie der „Temps“ berichtet, liegt eine Note der Verbündeten an Deutschland auf sofortige Auflösung der gesamten Arbeiter- und Soldatenräte der Pariser Konferenz zur Beschlussfassung vor. Die Note stellt eine vierwöchige Frist zur Wiedereinsetzung rechtmäßiger Behörden, nach deren Ablauf die Verbündeten selbst die Bekämpfung des Bolschewismus in Deutschland in die Hand nehmen würden. Weitere Londoner Meldungen stützen die Wahrscheinlichkeit dieser Drohung. Die Zusammenziehung von Truppen an der deutschen Grenze dauert fort. Die „Times“ schreiben, daß ein Sieg der Liebknecht-Gruppe für die Verbündeten die Aufforderung sein würde, in Deutschland einzufallen und die Ordnung wiederherzustellen.

Wie die „Kölnische Zeitung“ zuverlässig erfährt, beschäftigt sich die Meldung, daß der Bierverband die Auflösung sämtlicher Arbeiter- und Soldatenräte fordern wird. Die Bekanntgabe der Note des Bierverbandes steht unmittelbar bevor. Die bayerische Geländeschaft in der Schweiz hat bereits eine Erklärung seitens der Verbandsvertreter erhalten. Der Verband lehnt nicht nur jede Verhandlung mit der gegenwärtigen Regierung, die er als eine einseitige sozialistische Regierung nicht als legitimiert erachtet, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen, ab.

Eine Delegation der französischen Friedensgesellschaft unter Führung Charles Richets sowie der Abgeordneten Lucien Le Fourn und Bolanowski ist vom amerikanischen Botschafter Sharp in Paris empfangen worden und hat dem Botschafter eine Adresse an Wilson überreicht, in der ein gerechter Friede verlangt wird. Sharp erwiderte, Wilson halte unerschütterlich an den Prinzipien einer demokratischen Organisation der Welt fest, der Friede müsse gerecht werden und allgemeine Entwaffnung bringen.

Nach eingetroffenen Meldungen scheint Wilson unverrückbar an seinem Programm festzuhalten. Wilson äußerte, um zu einem alle Völker befriedigenden Zustande zu gelangen, müßten alle Völker Opfer bringen. Sollte England auf die Vorherrschaft auf dem Meere nicht verzichten wollen, so werde Amerika eine Flotte bauen, die der englischen an Macht überlegen sei.

Zur Verhaftung der rheinischen Großindustriellen. Prof. Adolf Weber, der die beiden Großindustriellen Stinnes und Thyssen des Hochverrats beschuldigt hatte, veröffentlicht jetzt in der Presse eine mehr als lahme Erklärung, die für die Behauptung, daß die beiden Herren direkt oder indirekt mit den Franzosen verhandelt hätten, die Erbringung eines Beweises nicht einmal versucht. Die Handelskammer für die Kreise Essen, Mülheim-N. und Oberhausen hat wegen der Verhaftung des Kommerzienrats Küchen und des Mitgliedes Wirt in einem Telegramm an den Volkzugrat Essen entschiedenen Einspruch erhoben und dem Lokalanzeiger zufolge mit allem Nachdruck auf die Gefahr hingewiesen, die unser ganzes Wirtschaftsleben bedrohe, wenn seine Verhaftung durch haltlose Angebereien ihrer Freiheit beraubt werden. Sie richtet an den Volkzugrat die dringende Ermahnung, die sofortige Befreiung der Verhafteten anzuordnen und dafür Sorge zu tragen, daß solche Willkürakte in Zukunft unmöglich sind.

In Auisig kam es vorgestern nachmittag und abends zu umfangreichen Plünderungen. Polizei und Volkswehr waren völlig ohnmächtig gegen die tobenden Massen. Gegen 8 Uhr abends zog der Soldateneat Verstärkungen heran. Doch vermochten sie den Plünderungen keinen Einhalt zu tun. Bis in die späten Abendstunden wurde geschossen, wobei drei Tote und fünf Schwerverletzte zu verzeichnen sind. Auch im benachbarten Schöngraben kam es zu Ausschreitungen.

Deutsches und Sächsisches.

Ottendorf-Okrilla, 12. Dezember 1918.

Der hiesige „Landwirtschaftliche Verein“ versammelte sich am vorigen Sonnabend abends 8 Uhr im Gauhof zum schwarzen Hahn zwecks Gründung eines Bauernrates, welcher sich in den drei Gemeinden aus 6 Herren und den Vorsitzenden zusammensetzte. Es wurde folgendes Programm aufgestellt: 1. Wir sind bereit, uns auch der neuen Regierungsform anzupassen und mit allen Kräften im Interesse von Volk und Vaterland mitzuarbeiten. Wir fordern 1. die unverzügliche Wahl und Einberufung einer Nationalversammlung. 2. Unbedingte Erhaltung des Saatgutes, Gleichheit zwischen Rittergut und kleinem Gut. 3. Schleunige Beschaffung von Düngemitteln, sowie eine gerechte Verteilung derselben. 4. Überprüfung der Paragraphen in der Gefinordnung. 5. Die Einführung des Achtstundentages in der Landwirtschaft ist undurchführbar. 7. Ganz besondere Erhaltung und Schutz des Privatgrundbesitzes.

(M. J.) In den nächsten Wochen werden die von der Front zurückkehrenden Truppen und die Decretenklaffen eine Vermehrung der Bevölkerung des Landes, besonders der Großstädte, herbeiführen, die sich zahlenmäßig nicht bestimmt voraussehen läßt. Wenn auch vom Landeslebensmittelamt im Einvernehmen mit dem zuständigen Zivil- und Militärstellen alles getan wird, um die Verpflegung sicherzustellen, so ist doch angesichts der außerordentlichen Ueberlastung aller Verkehrsmittel keine unbedingte Gewähr dafür gegeben, daß die erforderlichen Mehrenahmen an Lebensmitteln in allen Fällen herangeschafft werden können. Die nächsten Wochen dürften deshalb hinsichtlich der Volksernährung die schwersten der ganzen Kriegszeit werden. Von dem Opferinn der Bevölkerung muß erwartet werden, daß sie in Würdigung der außerordentlichen Verhältnisse etwa eintretende vorübergehende Störungen in der Ernährungswirtschaft und daraus folgende Einschränkungen mit Ruhe erträgt.

Ditrand. Einen guten Griff machten die hiesigen Amtorgane bei der Revision des Gepäcks am hiesigen Bahnhof bei hier mohnenden Gewerbetreibenden, welche mit ihren Deckelassen mit dem Zuge abdampten wollten. Was sich da dem Auge des Zuschauers bot, ging wirklich über alle Erwartungen. Mehrere frisch geschlachtete Schweine, sowie mehrere Säue waren das Ergebnis der Durchsichtigung. Bei einer nachfolgenden, bei einem der beteiligten Schweinefleischlieferanten in der Behauptung vorgenommenen Durchsichtigung soll noch ein weiteres geschlachtetes Schwein vorgefunden worden sein. Es ist anzunehmen, daß der Schleichhandel im großen Maßstabe betrieben worden ist. Ein vergünstigtes Weihnachtsfest dürfte den Beteiligten durch ein gepfeffertes Strafmandat verdoeben werden.

Dresden. Nach bei der „Bohemia“ eingegangenen Nachrichten werden 10000 Franzosen Ende Dezember Dresden besetz.